

Jusos Brandenburg fordern Einschränkungen im Umgang mit der Bundeswehr an Schulen

- Die Jusos Brandenburg fordern in der Debatte um den Beschluss der SPD Berlin (*„Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben.“*), Einschränkungen im Umgang mit der Bundeswehr an Schulen.

Christopher Gordjy, stellv. Landesvorsitzender und ehem. Grundwehrdienstleistender: *„Die Bundeswehr ist ein existentieller Teil des Staates unter der Kontrolle des Bundestages und sollte zu Wort kommen dürfen. Dies könnte im Rahmen von gemeinsamen Berufsinformationsveranstaltungen erfolgen.“*

Was wir jedoch nicht dulden, ist, dass SPD-Bundespolitiker*innen unsachlich Entscheidungen von SPD-Landesverbänden (Thomas Oppermann: *„Wer so einen Unsinn beschließt, sollte sich selbst von unseren Schulen fernhalten.“*) kommentieren.

Maria Kampermann, stellv. Landesvorsitzende und angehende Lehrerin: *„Wir halten die Schülerinnen und Schüler für mündig, die Inhalte zu differenzieren – wie man zur Zeit bei den Fridays-for-Future-Demonstrationen beobachten kann. Jedoch sollte der Bundeswehr außerhalb von Berufsinformationsveranstaltungen möglichst immer eine Nichtregierungsorganisation zur Seite stehen, die eventuelle Realitätsverzerrungen, wie in der aktuellen Werbung, ansprechen kann. Berufsinformationsveranstaltungen unter Beteiligung der Bundeswehr sollten im Unterricht vor- und nachbereitet werden.“*